

P r o t o k o l l

der Sitzung des Sozialausschusses am 13. Oktober 2010 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Anwesenheit

Herr Dr. Bittner	anwesend ab 17:04 Uhr
Herr Kochhan	
Frau Krille	i.V für Herr Kummerow
Frau Pridöhl	
Frau Richter	
Herr Schmidt	
Herr Siperko	
Frau Worm	

Verwaltung

Herr Scheer	entschuldigt
Frau Bernsdorff	
Herr Dembski	
Frau Gömer	
Frau Kindt	
Frau Dr. Kühn	entschuldigt
Frau Krause	
Frau Zenk	

Gäste

Herr Bartels, ARGE	
Herr Fricke, Seniorenbeirat	
Kleine Liga	entschuldigt

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Wahl der/s Ausschussvorsitzenden
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Diskussion der Beschlussvorlage
- 5.1. Verschiebeparkplatz der Bundesregierung zulasten der Kommunen beenden
Die Linke 05/366
6. Information der Verwaltung
7. Informationen der ARGE
8. Informationen zu geplanten Änderungen im SGB II/XII
- Herr Kochhan
9. Strategische Überlegungen/Themenauswahl für künftige Sitzungen
10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
11. Informationen des Ausschussvorsitzenden
12. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 08.09.2010
13. Bestätigung des Protokolls vom 08.09.2010
14. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Eröffnung der Sitzung

17:00 Uhr: Herr Schmidt, der 1. Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden eröffnet die Sitzung. Es sind 7 Mitglieder anwesend, damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Krille beantragt, den TOP 3 von der Tagesordnung zu nehmen und die Wahl des Ausschussvorsitzenden in der nächsten Sitzung durchzuführen. Dem wird stattgegeben.
Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Ergebnis: 7 x ja - einstimmig

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Es sind keine Einwohner anwesend

Zu TOP: 4. Diskussion der Beschlussvorlage

Zu TOP: 4.1. Verschiebeparkplatz der Bundesregierung zulasten der Kommunen beenden

Frau Krille bringt die Beschlussvorlage ein.
Nach kurzer Diskussion erfolgt die Abstimmung.

Ergebnis: 8 x ja - einstimmig

Zu TOP: 5. Information der Verwaltung

Herr Dembski informiert über den aktuellen Stand zur Finanzierung des Frauenhauses im nächsten Jahr.

Es gab in Schwerin ein Gespräch zwischen der parlamentarischen Staatssekretärin, Frau Dr. Syrbe und Herrn Dembski in dem eindeutig durch die Staatssekretärin erklärt wurde, dass OVP selbst über die Finanzierung des Frauenhauses entscheiden kann.

Durch Herrn Dembski wurde vorgeschlagen, dass sich die Universitäts- und Hansestadt Greifswald bis zur Kreisgebietsreform (August 2011) mit 40.000 € und die Landkreise OVP und UER jeweils mit 11.000 € an der Finanzierung des Frauenhauses beteiligen. Wenn sich UER nicht beteiligt, erhöht sich der Anteil für OVP auf 22.000 €. Da mit der Kreisgebietsreform das Frauenhaus in die Zuständigkeit des Landkreises wechselt, wird die Finanzierung dann über die Kreisumlage erfolgen. Tagessätze stehen nicht mehr zur Diskussion.

Der Vertrag wird derzeit vorbereitet und an die Landkreise verschickt.

Frau Kindt informiert, dass zum Weltbehindertentag am 3.12.2010 um 15.00 Uhr eine Festveranstaltung im Bürgerschaftssaal stattfindet. Die Einladungen gehen bis zum nächsten Ausschuss an die Mitglieder.

Zu TOP: 6. Informationen der ARGE

Herr Bartels erläutert die ausgereichten Kennzahlen.
Erstmalig ist ein sichtbarer Rückgang von allein Erziehenden im Leistungsbezug zu erkennen.
Ab 2011 wird die Integrationsquote unterschiedlicher Altersgruppen veröffentlicht. Hierzu werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

*Zu TOP: 7. Informationen zu geplanten Änderungen im SGB II/XII
- Herr Kochhan*

Herr Kochhan berichtet über zwei Referentenentwürfe zum SGB II. Zum einen handelt es sich um den Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Gesetz zur Ermittlung des Regelbedarfs (Regelsatzerhöhung für Erwachsene um 5 €) und andererseits um den Referentenentwurf zur geplanten Neuregelung des SGB II zum 1.1.2011. Ziel dieses Entwurfes ist u. a. die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die transparente Gestaltung der Regelung der Kosten der Unterkunft und Heizung und die Neugestaltung der Sanktionstatbestände.

Herr Kochhan informiert darüber, dass geplant ist, Darlehen als Einkommen anzurechnen, was er für sehr bedenklich hält. Zum Vorschlag des Bundes zur Pauschalisierung der Kosten der Unterkunft und Heizkosten und der damit verbundenen Satzungsermächtigung bittet er um den Standpunkt der Verwaltung. Herr Dembski informiert, dass auch der Deutsche Städtetag, deren Mitglied er ist, von dieser Regelung abrät und er sich als Vertreter der Verwaltung klar gegen eine Pauschalisierung positioniert. Die Entscheidung hierzu liegt allerdings bei der Bürgerschaft. Frau Krause erläutert, dass es im SGB XII derzeit keine Ermächtigung zur Pauschalisierung der Kosten für Unterkunft und Heizung gibt. Das könnte dazu führen, dass es zu zwei unterschiedlichen Vorgehensweisen im SGB II und XII kommen könnte und dies erhebliche Probleme verursacht.

Zu TOP: 8. Strategische Überlegungen/Themenauswahl für künftige Sitzungen

1. Herr Fricke schlägt vor, das Thema: „Sind Mieten noch bezahlbar?“ auf die Tagesordnung zu setzen. Dabei sollte auch auf die Wohnumfeldverbesserung eingegangen werden. Herr Dr. Bittner hatte bereits im letzten Ausschuss darum gebeten, die Frage „In wie weit nimmt die WVG ihre Fürsorgepflicht wahr?“ zu thematisieren, darum unterstützt er den Vorschlag von Herr Fricke.

Herr Schmidt schlägt vor, Fragen zu formulieren, an die WVG weiterzuleiten und dann den Geschäftsführer in den Ausschuss einzuladen.

2. Die AG KuS soll weitergeführt werden und noch in diesem Jahr tagen.
3. Die AG Sozialanalyse soll einberufen werden.
4. Frau Worm schlägt vor, die Sitzungen des Ausschusses in unterschiedlichen sozialen Einrichtungen stattfinden zu lassen, um die Einrichtungen besser kennen zu lernen.

Zu TOP: 9. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Pridöhl erfragt den Stand zur Errichtung eines Pflegestützpunktes in Greifswald.

Herr Dembski informiert, dass es z. Z. vom Land einen Entwurf mit der Vorstellung gibt, in Kreisen und kreisfreien Städten Pflegestützpunkte einzurichten. Wenn die Kreisgebietsreform umgesetzt werden sollte, ist Greifswald nicht mehr kreisfrei und damit ist fraglich, ob hier ein Pflegestützpunkt erreicht wird. Außerdem enthält ein aktueller Gesetzesentwurf Regelungen zur personellen Beteiligung der Kommunen an den Pflegestützpunkten. Hier entsteht weiterer Diskussionsbedarf in den Kommunen.

Die Träger, die derzeit Pflegeberatung anbieten, sind keine offiziellen Pflegestützpunkte.

Zu TOP: 10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 11. Kontrolle der Maßnahmen aus dem Protokoll vom 08.09.2010

Offen ist noch die Bildung der AG Sozialanalyse. Herr Kochhan erklärt, dass er die Fraktionen, die noch kein Mitglied für die AG Sozialanalyse benannt haben anschreibt, mit der Bitte um Rückantwort bis zum nächsten Ausschuss.

Die Maßnahme aus dem Protokoll vom 28.4.2010 - Schaffung eines sicheren Übergangs in Höhe Odebrechtstiftung - ist noch nicht realisiert. Durch Herrn Schick vom Bauhof wurde mitgeteilt, dass die Installation einer Straßenquerung in der 2. Oktoberhälfte erfolgen soll.

Zu TOP: 12. Bestätigung des Protokolls vom 08.09.2010

Es gibt keine Ergänzungen und Änderungen.

Abstimmungsergebnis: 6 x ja, 2 x Enthaltung

Zu TOP: *Schluss der Sitzung*
13.
18:25 Uhr

TOP	Zuständigkeit	Aktivität/Anfrage
9	Amt 51	Einberufung der AG-KUS in diesem Jahr durch Frau Mager
9	Herr Kochhan	Herr Kochhan schreibt die Fraktionen, die noch kein Mitglied für die AG Sozialanalyse benannt haben an mit der Bitte um Rückantwort bis zum nächsten Ausschuss

Karl-Dieter Schmidt
Stellv. Ausschussvorsitzender

Kornelia Bernsdorff
für das Protokoll